

Objekttyp: **TableOfContent**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **120 (1994)**

Heft 16

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Diese Sache ist vertrackt. Obgleich die Demokratie derzeit Umsätze macht wie noch nie, klaffen in den Parteikassen riesige Löcher. Nun müsse endlich etwas geschehen, fordern die Parteienvertreter letzte Woche in Bern, denn es sei unmöglich, laufend «die Wirtschaftsrosinen aus dem politischen Kuchen herauszupicken» und damit bei den grossen Unternehmen auf Spendenfang zu gehen.

Während FDP-Generalsekretär Christian Kauter vorschlägt, künftig weniger Vorlagen vors Volk zu bringen, die im Parlament behandelten Initiativen lediglich dem fakultativen Referendum zu unterstellen und Parteienstiftungen zu gründen, will sein Kollege Loretan von der CVP einen Abstimmungszehntel einführen. Von allen eingehenden Spendengeldern sollen künftig 10 Prozent für Vorlagen abgezweigt werden, deren Kampagnen von der Wirtschaft nicht unterstützt werden. SVP-Generalsekretärin Myrtha Welti geht noch weiter: Weil die Parteien auch in Sachen Eigenfinanzierung jeden Franken zusammenkratzen müssten, sei es an der Zeit, «die ganze Frage der Parteienfinanzierung auf den Tisch zu legen», so unbequem das auch sei.

So werden sich die Vertreterinnen und Vertreter der Regierungsparteien demnächst an einen runden Tisch setzen und darüber reden, worüber in der Schweiz tunlichst geschwiegen wird: übers Geld. Was dabei herauschauen wird, ist unklar, ebenso stellt sich die Frage, ob am Parteeintisch mit offenen Karten gespielt wird. Und ob sich nach der sogenannten Grundsatzdiskussion etwas bewegen wird im Heimatland des Kompromisses.

Dabei wäre es gar nicht so schwer, eine Lösung zu finden. Weniger Abstimmungen durchzuführen kommt nicht in Frage, obgleich schon im Rekordjahr 1993 (16 eidgenössische Vorlagen) davon gesprochen wurde, das Stimmvolk sei überfordert. Aber eine direkte Demokratie ist eben direkt und demokratisch, also sollen Vorlagen ohne Umweg via Referendum auf der Strasse, das heisst vom Souverän, angenommen oder verworfen werden. Einen Abstimmungszehntel einzuführen wäre gar nicht so schlecht, aber eigentlich Sache der einzelnen Parteien. Wer mit dem Geld nicht haushalten kann, ist selber schuld. Und wer an keine weiteren Spenden herankommt – sowieso. Wer weiss: Vielleicht will das Volk gar nicht mehr soviel Papier ins Haus geliefert bekommen, möglicherweise schaut es sich die Plakatwände gar nicht mehr an und ist bereits übersättigt mit Pins, Sonnenbroschen und Blauhelmen.

Gehen wir davon aus, dass genügend Geld für politische Propaganda im Umlauf ist, wird es tatsächlich unbequem. Dann geht es nämlich um die Verteilung. Und um Transparenz: Wer hat und versteckt wieviel? Und woher soll das Geld kommen, wenn die eigenen Mitglieder kein Geld mehr lockermachen wollen? Darüber zu diskutieren ist sinnlos. Gefragt sind radikalere Massnahmen. Zum Beispiel diese: Parteien dürfen ab sofort keine Spenden mehr entgegennehmen. Sie erhalten das für ihre Arbeit nötige Geld vom Bund, der wiederum die Steuerzahler zur Kasse bittet, sie aber nicht schröpft. Eingetrieben würden lediglich ein paar Franken, die den politischen Parteien pro Parlamentssitz ausbezahlt würden. So hätten alle gleich viel, mit Ausnahme jener Politikerinnen und Politiker, die nicht das Volk vertreten, sondern ein Wirtschaftsunternehmen. Korrigiert werden könnte dieses Ungleichgewicht mit einem Malus, der sich nach Finanzkraft des im Parlament vertretenen Unternehmens richten würde.

Weil auch diese Lösung bei gewissen Parteien kein Gehör finden wird, bleibt nur eines: Die Parteien an ihre eigenen Worte zu erinnern und der «Subventionsschnorrerei» Einhalt zu gebieten. Möglich wäre auch, die Parteien entweder abzuschaffen oder jenem harten Wind auszusetzen, den gewisse Abgeordnete der Kultur wünschen. Selbstregulierung heisst das in der Sprache derer, die nun nach einer Finanzspritze schreien.

IWAN RASCHLE

Die Kapellbrücke steht	Seite 6
Die Walliser und ihre Matzen	Seite 8
Schindler's List:	
Ein Film über den Film	Seite 12
Nebizin: Gusti Pollak	Seite 41
Titelblatt: Orlando Eisenmann	

Schweinespalter Seiten 17 – 32

